

Antrag 27/II/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt durch Beschlusslage (Konsens)****Gehälter für das TOP-Management von Landesunternehmen und AöR transparent und ergebnisorientiert regeln, Zielvorgaben setzen**

1. Der SPD-Landesvorstand, die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus sowie die SPD-Mitglieder in der Landesregierung Berlin werden aufgefordert, sich für die Absenkung der Basisgehälter des Top-Managements, insb. der Vorstände, von landeseigenen Unternehmen und AöR sowie die Entwicklung von ergänzenden, variablen Gehaltsbestandteilen nebst Ziel- und Leistungsvorgaben einzusetzen.
2. Dies umfasst insbesondere folgende Maßnahmen:
3. Deckelung der (Grund-)Gehälter des Top-Managements, insb. der Vorstände und Aufsichtsräte, auf einem angemessenen Niveau, welches die Situation des Landeshaushalts sowie die Liquidität und Performance des Unternehmens berücksichtigt,
4. Entwicklung von gestaffelten, spezifisch auf das Unternehmen ausgerichteten Ziel- und Leistungsvorgaben durch die Landesregierung in Abstimmung mit den jeweils zuständigen Gremien des Abgeordnetenhauses von Berlin, welche das (Grund-)Gehalt ergänzende Zahlungen begründen können,
5. Begrenzung der das Grundgehalt ergänzenden Zahlung(en) insgesamt auf 75 Prozent des Grundgehaltes,
6. jährliche Evaluation der Leistungs- und Zielvorgaben sowie der Erreichung der selbigen durch die Landesregierung und die Gremien des AGH Berlin,
7. Kopplung der Gehaltsentwicklung des Top-Managements an die Lohnentwicklung der übrigen Belegschaft,
8. Anwendung dieser Vorhaben bis auf die Ebene 3 der Gesamtorganisationen.

Siehe Antrag 79/I/2025 Gehälter für das Top-Management von Landesunternehmen und AöR transparent und ergebnisorientiert regeln, Zielvorgaben setzen¹

(LPT I-2025: Überweisung an Landesvorstand. Landesvorstand: Überweisung an AGH-Fraktion)

Begründung

Der Berliner Haushalt steckt in einer tiefen Krise. „Berlin kann, muss und wird mit weniger Geld funktionieren“ sagte jüngst der CDU-Finanzsenator Evers in der aktuellen Stunde zur Haushaltspolitik. Unmittelbar daran anknüpfend betrifft eben diese Finanzkrise auch die landeseigenen Unternehmen und AöR, wie die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), die Berliner Stadtreinigung (BSR) und Vivantes. In der Folge traf die Haushaltskrise auch bereits die Verkehrswende und die landeseigenen Unternehmen in Berlin. So sind die Zuverlässigkeit und der Komfort des ÖPNV in Berlin auf einem katastrophalen Tiefstwert an-

48 gekommen. Dies trifft in der Regel besonders hart die
49 berufstätigen Menschen in den schlechter bezahlten Be-
50 rufsgruppen, den Schichtdienst und Menschen mit Be-
51 reitschaft die Mobilitätswende mitzutragen. Ferner wirkt
52 sich die Unzuverlässigkeit des ÖPNV exemplarisch auch
53 auf systemrelevante Berufsgruppen bei der Polizei, im Ret-
54 tungsdienst oder eben auch im ÖPNV aus.

55
56 Im Oktober 2024 räumte so exemplarisch die Verkehrs-
57 verwaltung ein, dass beispielweise die U-Bahnlinie U1 nur
58 noch 20 Prozent und die U3 nur noch knapp 60 Prozent der
59 vorgesehenen Leistung erfüllen. Im Jahr 2025 ist keine Ver-
60 besserung der Zuverlässigkeit erkennbar und es kommen,
61 wie zuletzt auf der Linie U3 und U1 sowie U9 neue Bau-
62 maßnahmen hinzu. Diese Ergebnisse sind für eine Me-
63 tropole und Hauptstadt, welche die dringend notwendi-
64 ge Verkehrswende und die Reduzierung von Emissionen
65 anstrebt, sowie zur Vermeidung des Verkehrsinfarkts drin-
66 gend die Straßen entlasten möchte, absolut unzureichend
67 und desaströs. Es bedarf einer dringenden Überprüfung
68 und Analyse sowie einer dringenden Verbesserung der La-
69 ge. Hierzu gehört auch die bessere finanzielle Aufstellung
70 dieser Unternehmen.

71
72 Während der Finanzsenator für 2024 „Einsparungen von
73 186 Millionen Euro“ erwartet und sich die ausgefalle-
74 nen Nutzkilometer bei der BVG mittlerweile auf ungefähr
75 563.570 Kilometer belaufen, weist der Geschäftsbericht
76 der BVG für 2023 für den Vorstand Betrieb, Herrn Dr. Rolf
77 Erfurt, ein Gehalt von 346,5 Tausend Euro und eine „Er-
78 gebnisabhängige Vergütung“ von 101,1 Tausend Euro, mit-
79 hin ein Gesamtgehalt von 448,7 Tausend Euro aus. Auch
80 der Vorstand Personal, Frau Jenny Zeller, wurde für das Ge-
81 schäftsjahr 2023 mit einem Gehalt von 329,5 Tausend Euro
82 vergütet.

83
84 Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2023 ungeachtet der
85 desaströsen Lage der BVG an die aktiven Vorstandsmit-
86 glieder somit Gesamtbezüge in Höhe von 1,0433 Millionen
87 Euro ausgeschüttet.

88
89 Diese hohen Vergütungen sind in Anbetracht der desas-
90 trösen Lage der BVG und der massiven Ausfälle des Fahr-
91 angebots sowie der übrigen Performance und auch in An-
92 betracht der Diskussion um die Lohnentwicklung für Be-
93 schäftigte der BVG im Jahr 2025 weder vermittelbar noch
94 berechtigt. Gerade die „Ergebnisabhängige Vergütung“
95 wirkt in Anbetracht des aktuellen Zustands der BVG und
96 der erheblichen Belastung für die Nutzerinnen und Nutzer
97 des ÖPNV nicht nachvollziehbar und sorgt eher für mehr
98 Unverständnis. Hier ist bereits aus der Kernkompetenz der
99 Sozialdemokratie und der Verantwortung für die Arbeit-
100 nehmerinnen und Arbeitnehmer heraus ein Handeln er-

101 forderlich.

102

103 Ähnlich verhält sich die Lage bei der Berliner Stadtreini-
104 gung (BSR). Während die Stadt Berlin von vielen seit lan-
105 gem zunehmend als dreckig empfunden wird und Müll,
106 nicht zuletzt aufgrund der Wegrationalisierung von Ent-
107 sorgungsmöglichkeiten, zunehmend auf der Straße lan-
108 det, erhielt der Vorstand der BSR, Frau Stephanie Ott, nach
109 dem Geschäftsbericht der BSR für das Geschäftsjahr 2023
110 ein (erfolgsunabhängiges) Gehalt i.H.v. 224 Tausend Euro
111 und eine Erfolgsbezogene Vergütung i.H.v. 163 Tsd. Euro,
112 mithin ein Gesamtgehalt i.H.v. 387 Tausend Euro. Im Jahr
113 2022 belegte sie dabei mit einem Jahresgehalt von 427
114 Tausend Euro sogar noch Platz 5 der Spitzenverdiener.

115

116 Auch bei dem landeseigenen Krankenhausbetreiber Vi-
117 vantes erhält exemplarisch der Geschäftsführer Dr. Johan-
118 nes Dankert für das Geschäftsjahr 2023 eine Grundver-
119 gütung von 290 Tausend Euro und mit der variablen er-
120 folgsabhängigen Vergütung und anderen Zulagen i.H.v.
121 139 Tausend Euro insgesamt ein Gehalt i.H.v. 429 Tausend
122 Euro.

123

124 Gleichzeitig zeigte sich zuletzt, dass sowohl das Zeiter-
125 fassungssystem, als auch andere Prozesse nicht hinrei-
126 chend überwacht und vor Manipulationen geschützt wur-
127 den. Das Ergebnis ist ein erheblicher Schaden für den be-
128 reits angeschlagenen Landeshaushalt.

129

130 Das Land Berlin muss sich, gerade im Hinblick auf die Tat-
131 sache der finanziellen Verbindung zu und die Auswirkung
132 auf den Landeshaushalt und die Steuermittel, in der Füh-
133 rungskultur an der freien Wirtschaft orientieren. Landes-
134 eigene Unternehmen und AöR müssen effizient und er-
135 gebnisorientiert arbeiten und den Bürgerinnen und Bür-
136 gern einen erkennbaren Mehrwert bieten.

137

138 Hierfür müssen das Land Berlin, das Abgeordnetenhaus
139 von Berlin und die Landesregierung ein zeitgemäßes In-
140 strumentarium entwickeln und vorhalten, damit das Top-
141 Management und das mittlere Management dieses Ziel
142 konsequent verfolgen. Eine regelmäßige Evaluation ist da-
143 für zwingend geboten.

144

145 Der Antrag verfolgt dabei nicht nur das Ziel der Einspa-
146 rung, sondern soll gleichzeitig messbare Leistungsmeilen-
147 steine hervorbringen, welche für die Menschen in Berlin
148 eine deutliche Verbesserung der Lebensqualität und der
149 öffentlichen Versorgung bedeuten. Im Ergebnis steht es
150 den landeseigenen Unternehmen offen attraktive Vergü-
151 tungen zu zahlen, wenn die Performance des Unterneh-
152 mens dies rechtfertigt.

153

154 Analog zur freien Wirtschaft muss sich die Vergütung des
155 Top-Managements grundsätzlich an der messbaren Per-
156 formance und anderen Faktoren der geführten Unterneh-
157 men, wie der Lohnentwicklung der Beschäftigten, orien-
158 tieren. Zu diesen Faktoren gehören dabei aber zwingend
159 auch die Steigerung der Lebensqualität im Land Berlin, die
160 reibungslose Bereitstellung der staatlichen Infrastruktur
161 sowie die Vermögenswahrung des Haushaltes.

¹https://parteitag.spd.berlin/cvtx_antrag/gehaelter-fuer-das-top-management-von-landesunternehmen-und-aoer-transparent-und-ergebnisorientiert-r